

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich von 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und von Ausgabestellen 2 Mk., im Monat, bei Lieferung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., wöchentlich 50 Pf. Die Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. In jeder Nummer sind die neuesten Nachrichten und unter anderem die Wetterberichte für die Provinz enthalten. Im Falle höherer Gewalt, Feuers oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Abrechnung eingehender Beiträge erfolgt nur, wenn Konto beiliegt.

Angabe des Bezugspreises: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Cent, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Cent, die 3-spaltige Raumzeile im restlichen Teil 100 Cent. Nachzahlungsgesühr 20 Cent. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageszeitung übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Meldungen, wenn der Beitrag durch die Redaktion übersehen wurde. Jeder Redaktionspruch ist nicht verbindlich, wenn der Beitrag durch die Redaktion übersehen wurde. Jeder Redaktionspruch ist nicht verbindlich, wenn der Beitrag durch die Redaktion übersehen wurde.

Nr. 226. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 27. September 1926

Deutscher Standpunkt zur Abrüstung.

Dass bei den Beratungen über die Beschränkungen der Rüstungen alsbald viel herauskommen würde, haben wohl nur wenige besonders hoffnungsfreudige geglaubt. Von der Ankündigung der Versailler Bestimmungen, daß die Verschärfung der deutschen Rüstung den Anfang einer allgemeinen Abrüstung darstelle, sind nur die Buchstaben übriggeblieben. Man hat nicht daran gedacht, dieser Ankündigung gemäß zu handeln. Man hat Abrüstungskonferenzen veranstaltet und beim Völkerbund in Genf gibt es eine besondere Kommission, die die Frage der Abrüstung berät. Diese Kommission hat sich zunächst einmal um ein Jahr vertagt.

Die interessanteste Persönlichkeit in dieser Kommission ist der englische Vertreter Lord Cecil. Er ist wahrscheinlich ein Mensch, dem die Sicherung des Friedens Herzenssache ist, und nun wird er, der aus allgemein menschlicher Überlegung heraus für eine allgemeine Abrüstung eintritt, genötigt, das kriegerische Eingreifen Englands in die chinesischen Wirren zu verteidigen, es für notwendig zu erklären, daß im Fernen Osten die englischen Kanonentouren den Wind öfmen und eine Sprache reden, die liberale unmißverständlich ist, aber in einem recht erheblichen Gegensatz zu den Reden in Genf steht. Lord Cecil hat allerdings ein Wort ausgesprochen, das von einer durchschlagenden Wahrheit ist: „Bisher ist der Stand der Abrüstung so, daß jeder Staat Anhänger der Abrüstung — seines Nachbarn ist.“ Das ist etwa das nächsternde und unzweideutigste Wort, das je durch einen offiziellen Beauftragten gesprochen wurde.

Deutschlands Standpunkt in der ganzen Abrüstungsfrage zu entwickeln, ist nicht schwer, und wir haben ja jetzt durch unseren Eintritt in den Völkerbund Gelegenheit, unsere Ansichten auch in jener Kommission vorzutragen. Man möchte sich wünschen, das Augenmerk der Kommissionsmitglieder gelenkt zu haben, als der deutsche Staatssekretär von Schubert soeben den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage darlegte: Deutschland sei an der Abrüstungsfrage ganz außerordentlich interessiert, sei ja schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund Mitglied der Kommission für die Abrüstungsfrage geworden und betrachte die Einschränkung der Rüstung als die größte und wichtigste Aufgabe des Völkerbundes, nicht bloß im Interesse des Völkerbundes, sondern der ganzen Menschheit.

Erfreulicherweise unterschrieb der deutsche Vertreter aber nicht bloß unsere Bereitwilligkeit, mitzuarbeiten bei dem Bemühen, dem Beitritt der Rüstungen ein Ende zu machen, sondern wies auch darauf hin, daß der Unklarheit der Rüstungen ein Ende bereitet werden solle. Die Zuhörer mußten wissen, was damit gemeint war, ohne daß dies noch weiter ausgeführt zu werden brauchte. Staatssekretär von Schubert wies ja dann auch mit einer gewissen Resignation darauf hin, daß man in der Abrüstungsfrage nur stappweise vorgehen könne, weil politische und wirtschaftliche Hindernisse erheblicher Art im Wege ständen. Die deutsche Delegation sei die letzte, die bestehenden Tatsachen bei dieser Frage zu verstehen. Die Abrüstung sei eben ein Ziel, das aus dringender Notwendigkeit werden muß. Die Mißerfolge, welche die bisherigen Abrüstungskonferenzen und Kommissionsberatungen gehabt haben, dürften doch beweisen, daß dieses Ziel in einer fernen Zukunft schwebt, durch Resolutionen bestimmt nicht erreicht werden könne, wie sie beispielsweise durch die in Genf erfolgte Annahme der Entschuldigungen des französischen Vertreters Boncour angestrebt wurden.

Gerade diese Persönlichkeit hat ja vor einigen Monaten Poincaré ermahnt, an der Reichelacht Nacht zu halten in schimmernder Rüstung, und dem polnischen Heere ersonderlichfalls die militärische Unterstützung Frankreichs versprochen. Wir Deutsche werden als die einzige große Nation, der man die Abrüstung auferlegt hat, im eigenen Interesse nicht zur Ruhe kommen lassen. Wesentlich soll die Abrüstung nicht zur Ruhe kommen lassen. Wesentlich soll ja die Abrüstungskontrolle demnächst Aufgabe des Völkerbundes sein und selbstverständliche deutsche Absicht ist es dabei, daß sich diese Kontrolle nicht einseitig gegen die früheren Mittelmächte allein richten darf. Auch hier gilt deutsches Recht zu wahren, und wenn in den Versailler Bestimmungen ausdrücklich betont ist, daß die deutsche Abrüstung nur der Anfang sein soll zu einer allgemeinen Abrüstung, so werden wir die Erfüllung dieser Forderung als eine Verpflichtung Deutschland gegenüber betrachten.

„Der Führer zum Frieden.“

Der amerikanische Volkshäupter in Berlin, Schurman, gab nach seiner Ankunft in Amerika folgenden Erklärungen ab: Deutschland sei augenblicklich der Führer zum europäischen Frieden. Die Friedensansichten seien niemals so günstig gewesen wie jetzt. Deutschland gebe allen, die ihm früher feindlich gegenübergestanden hätten, ein gutes Beispiel, was ihm hoch angerechnet werden müsse. Deutschlands guter Wille stehe, wie seine Taten bewiesen, völlig außer Zweifel. Der beste Beweis seien die prompten Reparationszahlungen. Als Anerkennung dafür sei Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen worden. Wirtschaftlich und

Schluß der 7. Völkerbundtagung.

Für Abschluß von Schiedsverträgen.

Beschlüsse des Völkerbundes. Die Vollversammlung des Völkerbundes nahm nach Vortrag der Ausschussberichte für Abrüstungsfragen und für Rechtsfragen eine Resolution mit der Empfehlung des Abschlusses von Regionalverträgen nach dem Muster und den Grundsätzen der Locarno-Verträge an. Diese Entschließung besagt in ihrem wesentlichen Teil: „Die Völkerbundversammlung unterstreicht in besonderer Weise die Bedeutung der Verträge von Locarno, deren Inkrafttreten durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund möglich geworden ist und deren hauptsächlichstes Ziel in der Sicherung des Friedens in einem der empfindlichsten Gebiete Europas besteht. Sie sieht in diesen Verträgen einen erheblichen Fortschritt zur Herstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Nationen. Sie ist ferner überzeugt, daß die allgemeinen Ideen, die sich aus den Bestimmungen der Locarno-Verträge herleiten lassen, insofern sie das Schlichtungs- und Schiedsverfahren und die Sicherheit durch die gegenseitige Garantie der Staaten gegen jeden unprovokierten Angriff organisieren, dazu angehen sind, unter die fundamentalen Regeln aufgenommen zu werden, die die auswärtige Politik jeder zivilisierten Nation leiten müssen. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß diese Grundsätze von allen Staaten anerkannt werden und daß sie sobald wie möglich von allen Staaten, die am Abschluß solcher Verträge interessiert sind, in die Praxis umgesetzt werden. Sie fordert den Völkerbundrat auf, den Völkerbundstaaten die praktische Verwirklichung dieser Grundsätze zu empfehlen und eventuell seine guten Dienste behufs Abschluß geeigneter Verträge anzubieten, um damit das Vertrauen und die Sicherheit, unentbehrliche Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens, herzustellen und auf diese Weise die Herabsetzung und die Beschränkung der Rüstungen aller Staaten zu erleichtern.“

Der Völkerbund stimmte auch einer Resolution des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses zu, daß die Abrüstungskonferenz möglichst noch vor der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes stattfinden soll.

Amerika und die Abrüstungskonferenz.

Die „Associated Press“ meldet, daß Präsident Coolidge abgeneigt, die Teilnahme Amerikas an der Genfer Abrüstungskonferenz zu erörtern, ehe der Charakter der Konferenz genauer bekannt sei, obwohl er die besten Wünsche für den Erfolg der Bestrebungen hege.

Schluß der 7. Völkerbundtagung.

Ansprache des Präsidenten Rinschitsch. Die 7. ordentliche Völkerbundsversammlung wurde Sonnabend durch den Präsidenten Rinschitsch für abgeschlossen erklärt. In seiner Schlussansprache führte er u. a. aus, daß die Versammlung mit ihren Arbeiten den Willen bewiesen habe, zu konkreten Lösungen zu gelangen. Er erinnerte dabei besonders an die Arbeiten in bezug auf die Weltwirtschaftskonferenz und die Abrüstungskonferenz, deren Bedeutung niemand verkenne, und die bei den Völkern große Hoffnungen erweckten. Es würde Aufgabe der

Deutsch-englische Wirtschaftsverhandlung.

Reise deutscher Industrieller nach London. Zu der auf Einladung einer Gruppe britischer Großindustrieller im Oktober erfolgenden Reise einer Anzahl deutscher Industrieführer nach London verleiht von englischer Seite, daß sich Vertreter des deutschen Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie und der chemischen Industrie nach England begeben werden. Trotz aller bisherigen entgegengesetzten Meldungen sei beabsichtigt, anfänglich des Besuchs der deutschen Großindustriellen die Frage einer deutsch-englischen Wirtschaftsvereinigung speziell für Fragen des Steinkohlenhandels, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der chemischen Industrie zu erörtern.

nächsten zwölf Monate sein, auf diesen Gebieten zu positiven Ergebnissen zu kommen. Die beiden Punkte von überragender Bedeutung, die in der abgelaufenen Tagung geregelt worden seien, beträfen die Umbildung des Völkerbundes und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Dadurch sei eine langwährende Krise glücklich gelöst worden. Die Kritiker, die den Völkerbund lange Jahre als eine einseitige internationale Institution bezeichnet hätten, hätten nunmehr jeden Anlaß zu Vorwürfen verloren. Wir haben, so schloß Präsident Rinschitsch, im Verlaufe dieser Tagung in diesem Saale einem großen Ereignis beigewohnt; wir haben die Völker, die der gräßlichste aller Kriege getrennt hatte, in guter Harmonie nebeneinandersehen sehen durch die freie Annahme des Völkerbundes. Wenn der Völkerbund heute noch nicht universell ist, so hat er doch den Beweis dafür gegeben, daß er es werden kann, und daß er es werden wird.

Die noch in Genf weilenden Mitglieder der deutschen Delegation verlassen Genf am Montag vormittag und werden am Dienstag vormittag in Berlin eintreffen.

Dem Vernehmen nach wird Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in der dreigliedrigen interministeriellen Kommission, die die Einzelverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich vorzubereiten hat, durch Staatssekretär Popitz vertreten werden. Ende Oktober wird der Reichsfinanzminister persönlich an den Beratungen teilnehmen.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Berlin. Für die erste Hälfte des Monats September weist die Statistik der Erwerbslosenfürsorge einen weiteren gegenüber den vorhergehenden Berichtsperioden stärkeren Rückgang der Erwerbslosigkeit auf. In der Zeit vom 1. bis 15. September ist die Zahl der männlichen Haupterwerbsempfänger von 1245 000 auf 1195 000, die der weiblichen von 303 000 auf 289 000, die Gesamtziffer von 1548 000 auf 1484 000, d. h. um 64 000 oder über 4 % zurückgegangen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen Vollerwerbstätiger) hat sich von 1538 000 auf 1484 000 verringert.

Raubzug in einem Juwelierladen.

Berlin. Ein schwerer Raubüberfall, der in seiner Ausführung an die Raubzüge der berühmten Newyorker Banditen erinnert, ist Sonnabend am hellen Tage, in der belebtesten Geschäftsstraße des Berliner Westens, der Tauentzienstraße, verübt worden. Zwei gutgekleidete Männer drangen in das Juweliergeschäft von Marotti u. Frentz, m. b. H., ein, trieben mit vorgehaltenem Revolver das Geschäftspersonal in ein Hotelzimmer, raubten aus dem Schaufenster die auf einer Glasplatte liegenden Juwelen im Werte von etwa 150 000 Mark und warfen eine Rauchbombe, die das ganze Geschäft in dichten Qualm hüllte. Im nächsten Augenblick ergrieffen die Banditen die Flucht, rannten quer über die Straße in ein Kaufhaus und entkamen schließlich durch ein Nebenhaus. Trotzdem das Überfallkommando und die Kriminalpolizei in wenigen Minuten zur Stelle waren, konnte man einstellend der Täter nicht habhaft werden.

Neutralitätsvertrag zwischen Litauen und Rußland.

Kowno. Nach einer Meldung ist zwischen der Sowjetregierung und Litauen ein Neutralitäts- und Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen worden. Im Vertrag soll Rußland das Recht Litauens auf das von Polen besetzte Wilna anerkennen.

Aus London wird noch weiter gemeldet, daß die bevorstehende Konferenz als Ergebnis von Besprechungen aufzufassen ist, die vor einiger Zeit zwischen Geh. Rat Duisberg vom Reichsverband der Deutschen Industrie und Sir Max Ayscough von der Federation of British Industries stattgefunden haben.

Rücktritt des polnischen Kabinetts.

Wilsudski hinter den Kulissen. Der Staatspräsident hat die Gesamtdemission des Kabinetts Dardel angenommen und die bisherige Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betraut. Der Demission ging die Annahme eines Mißtrauensantrages gegen den Innen- und den Unterrichtsminister voraus, mit denen sich dann die übrigen Minister solidarisch erklärten. Die Kabinettskrise in Polen hat sich aus dem Kampf der Parteien um das Budget der Regierung entwickelt. Tatsächlich gehen die Gründe auf den Ministurz Wilsudskis zurück, der damals bei der Begründung seiner verschleierte Diktatur das alte Parlament mit seiner weitgehenden Parteizerschüttung hatte beschleichen lassen. Schon bei der am 22. September vorgenommenen zweiten Lesung des Budgetpräliminariums in der Kommission hatten die Nationaldemokraten einen Vorstoß gegen den Finanzminister Karnier unternommen, der aber auch damals in Wirklichkeit Wilsudski galt. Dessen